

Die Danziger Zeitung erscheint täglich zweimal; am Sonntage Morgens und am Montage Abends. — Bestellungen werden in der Expedition (Kettnerhagen No. 4) und auswärts bei allen Königl. Post-Anstalten angenommen.



Preis pro Quartal 1 Thlr. 16 Sgr. Auswärts 1 Thlr. 20 Sgr. Inzerate nehmen an: in Berlin: A. Reitemeyer, in Leipzig: Eugen Fort, G. Engler in Hamburg, Hasenstein & Vogler, in Frankfurt a. M. Zäger'sche, in Elbing: Reumann-Hartmann's Buchhdlg.

Danziger Zeitung.

Telegraphische Depeschen der Danziger Zeitung.

Angelommen 26. März, 8 1/2 Uhr Abends.
Berlin, 26. März. Der Reichstag nahm in seiner heutigen Sitzung die Artikel 6 bis 11 des Verfassungs-Entwurfs an. Die Amendements, betr. die Einsetzung eines verantwortlichen Bundesministeriums, wurden verworfen. Ferner wurde die Bestimmung angenommen, daß die Genehmigung des Reichstages bei Staatsverträgen erforderlich sei. Artikel 12 des Verfassungs-Entwurfs wurde mit einer Stimme Majorität verworfen.

* Berlin. Die Wiener „N. freie Presse“ enthält in einer ihrer letzten Nummern einen Artikel unter der Ueberschrift: „Kouher und Bismarck“, welcher die Ausführungen des franz. Staatsministers Kouher im gesetzgebenden Körper in Paris beleuchtet. „Das Gelbbuch — heißt es in dem Artikel des Wiener Blattes — welches Napoleon den Kammermännern vorlegte, that sich nicht wenig darauf zugute, daß die Nikolsburger Präliminarien im Wesentlichen, und zwar ganz besonders, insofern sie sich auf die Reconstruction Deutschlands beziehen, nur die getreue Wiedergabe der Bestimmungen sind, welche der Kaiser der Franzosen in einer Depesche an Benedetti formulirt. Jetzt freilich werden Herrn Kouher die Schuppen von den Augen gefallen sein. Es ist wahr, am 23. August unterzeichnete der Baron Werther den Prager Frieden, welcher den Nikolsburger Punktationen die definitive Sanction verlieh, und so mochte denn der französis. Staatsminister sich mit einigem Schein von Recht rühmen, daß es Frankreich gewesen, das dem Sieger von Königgrätz vor den Thoren Wiens Halt geboten und beiden Parteien den Frieden dictirt habe. Aber indem der preuß. Minister den Wortlaut der napoleonischen Vorschläge in das Vertrags-Instrument aufnahm, hatte er bereits am 22. August dafür gesorgt, daß dasjenige, was in demselben für Frankreich eben die Hauptsache war, zum todtten Buchstaben geworden. Um sich hievon so recht augenscheinlich zu überzeugen, braucht man sich nur den Art. 4. des Tractates v. 23. August ins Gedächtniß zurückzurufen, worin Oesterreich die Auflösung des deutschen Bundes anerkennt und seine Zustimmung zu einer Neugestaltung Deutschlands ohne Vetheiligung des Kaiserstaates giebt, das engere Bundesverhältnis anerkennt, welches Preußen nördlich vom Main begründet wird, und sich einverstanden erklärt, daß die Staaten südlich vom Main in einen Verein zusammenzutreten, dessen nationale Verbindung mit dem Nordbunde einer näheren Verständigung zwischen Beiden vorbehalten bleibt und der eine unabhängige internationale Existenz haben wird. Der Tags zuvor, respective eine Woche früher, hatte Graf Bismarck in Berlin schon Schuß- und Trugbündnisse mit Bayern und Baden zu Stande gebracht, denen zufolge diese Staaten „für den Fall eines Krieges ihre volle Kriegsmacht unter den Oberbefehl des Königs von Preußen stellen.“

[Zur Luxemburg Frage.] In Beziehung auf das Verhältnis zum deutschen Bunde und auf die Bundesfestung Luxemburg sagt der mit den Niederlanden abgeschlossene Territorialvertrag, welcher Beilage 10 der Wiener Congressacte bildet, in Art. 3: Das zum Ersatz für die Fürstenthümer Nassau-Dillenburg, Siegen, Hadamar und Diez dienende Großherzogthum Luxemburg soll einen der Staaten des deutschen Bundes ausmachen, und der Fürst, König der Niederlande, wird mit allen den übrigen deutschen Fürsten zu ertheilenden Vorzügen und Vorrechten als Herzog von Luxemburg in den deutschen Bund eintreten. Die Stadt Luxemburg soll in militärischer Beziehung als Bundesfestung angesehen werden. Indessen behält der Großherzog das Recht, den Militärgouverneur und Commandanten der Festung zu ernennen, jedoch unter Vorbehalt der Bestätigung der ausführenden Gewalt des Bundes und unter jedweden anderen Bedingungen, die in Gemäßheit der künftigen Bundesverfassung festzusetzen für nöthig erachtet werden möchten.

Das zweite einschlägige Actenstück ist der Territorialvertrag vom 8. Nov. 1816. Art. 2. Da ein Theil der Geldentschädigungen, welche S. Altek. Maj. durch den Art. 4. des Pariser Tractates vom 20. Nov. 1815 zu zahlen übernommen haben, Kraft der zwischen den allirten Mächten zu Paris getroffenen Ausgleichung bestimmt ist, die Vertheidigung der Frankreich angrenzenden Staaten zu verstärken, so erhalten S. M. der König der Niederlande, Großherzog von Luxemburg, zu diesem Behufe die Summe von 60 Millionen Franken. S. M. der Niederlande, Großherzog von Luxemburg, verpflichten sich, diese Summen auf die zur Vertheidigung Ihrer Staaten nöthigen Werke zu verwenden. Art. 4. Da der Art. 3 des zu Wien vom 31. Mai 1815 abgeschlossenen Tractats und der Artikel 67 der Wiener Congress-Acte bestimmt haben, daß die Festung Luxemburg als deutsche Bundesfestung betrachtet werden solle, so wird diese Bestimmung durch gegenwärtige Concession aufrecht erhalten und ausdrücklich bestätigt. Inzwischen, da S. M. der König von Preußen und S. M. der König der Niederlande in seiner Eigenschaft als Großherzog von Luxemburg Willens sind, die übrigen Bestimmungen besagten Artikels den durch den Pariser Tractat v. 20. November 1815 vorgeschlagenen Veränderungen anzueignen, und für die vereinigte Vertheidigung Ihrer resp. Staaten auf die wirksamste Art und Weise Sorge zu tragen: so sind Ihre Majestäten übereingekommen, in der Festung Luxemburg gemeinschaftlich Besatzung zu halten, ohne daß diese bloß und allein in militärischer Beziehung getroffene Uebereinkunft dem landesherrlichen Rechte Sr. Maj. des Königs der Niederlande, Großherzogs von Luxemburg, auf die Stadt und Festung Luxemburg den geringsten Eintrag thun könnte. Art. 5. S. M. der König der Niederlande, Großherzog von Luxemburg, treten Sr. Maj. dem König von Preußen das Recht ab, den Gouverneur und Commandanten dieses Plazes zu ernennen. Sie bewilligen, daß sowohl die Besatzung über-

haupt, als jede Waffengattung, insbesondere in drei Vierteln aus preussischen und in einem Viertel aus niederländischen Truppen bestehen soll. Diese Bestimmungen sind wiederholt in dem mit Preußen abgeschlossenen Vertrage vom 12. März 1817, der gleichzeitig auch mit Preußen, Großbritannien und Rußland abgeschlossen worden ist.

Die Sache liegt also folgendermaßen: Der Großherzog von Luxemburg ist Besitzer der Stadt und Festung Luxemburg. Er ist heute seit der Auflösung des deutschen Bundes von allen Verpflichtungen, welche ihm derselbe auferlegt, entbunden, und es bleibt nur noch das Besatzungsrecht, welches Preußen im Interesse „der vereinigten Vertheidigung Ihrer respectiven Staaten“ (nämlich Preußens und Luxemburgs) übertragen ist, sagt sich der Großherzog von Luxemburg von dieser Vereinigung los, weil er sie für seine Staaten nicht mehr für nöthig hält, so tritt die Frage ein, ob der König von Preußen auf das ihm zustehende Recht glaubt verzichten zu können.

Man darf nicht vergessen, daß die ungünstige Lage, in welcher sich die Sache jetzt für Deutschland befindet, viel weniger durch den Wiener Vertrag, als später durch den deutschen Bund verschuldet ist. Als nämlich die Befreiung Belgiens von den Niederlanden erfolgte, wurde bekanntlich das ganze Großherzogthum bis auf die Bundesfestung und ihren Rayon mit Belgien vereinigt, ohne daß der deutsche Bund dem seines Bestehens entsetzten Mitgliede Hilfe geleistet hätte. „In Luxemburg“ — sagt später eine preuß. Denkschrift (v. 20. Nov. 1846) — „muß Europa erkennen lernen, daß einem deutschen Bundesgliede durch keinerlei diplomatische Verhandlungen auch der geringste Theil seines Gebiets entzogen werden könne, daß die Bundesgrenze unter keinem Vorwande angetastet werden dürfe.“ Die Bundes-Versammlung hatte aber zu dieser Erkenntniß keine Veranlassung gegeben, vielmehr den Londoner Vertrag vom 19. April 1839, durch welchen die Abtretung Luxemburgs erfolgte, am 11. Mai desselben Jahres genehmigt.

Der Artikel des Wiener Blattes meint nun weiter, daß Frankreich in Betreff dieser Verträge, wie die Sache liege, keinerlei Einspruchsrecht habe, sondern daß dies lediglich Oesterreich zustehe und daß Frankreich also Oesterreichs Unterstützung brauche, für den Fall, daß es die Absicht hätte sich in diese Angelegenheit zu mischen. Die „N. fr. Presse“ ist aber keineswegs der Ansicht, daß Oesterreich gut daran thäte, sich mit Frankreich zu diesem Zweck zu verbinden. „Wenn“ — sagt sie — wir meinen, daß demnach kein Unbefangener in Zweifel sein darf, wie wir nicht das geringste Interesse haben, die Kasernen für Frankreich aus dem Feuer zu holen, indem wir auf Grund des Prager Friedens gegen die militärische Unification Deutschlands Protest erheben, so ist andererseits doch nicht zu verkennen, daß auch Oesterreichs Stellung zu Deutschland durch die jüngsten Enthüllungen an Klarheit wesentlich gewonnen. Diese Schuß- und Trugbündnisse, in Verbindung mit der Fortdauer des Zollvereins, stempeln die Idee, der Südbund könne sich unter der Protection Oesterreichs organisiren, vollends zur Chimäre. Ist aber der eine wie der andere Weg nicht practicabel, dann wird die Frage kaum zu verneinen sein: ob eine gesunde Interessen-Politik uns nicht darauf anweist, den annexionsistischen Bestrebungen Preußens nicht mit apathischer Stumpfheit zuzusehen, sondern eine Annäherung zu suchen, die den Grafen Bismarck den Werth unseres Schweigens würdigen lehrt und dadurch Oesterreich für die Dauer seines Reorganisations-Prozesses eine nicht zu verachtende Rückendeckung schafft?“

(B. B. Z.) Es finden auch hier im Augenblicke Erörterungen von prinzipieller Bedeutung in Beziehung auf die Salutenverhältnisse statt, bei denen von allen maßgebenden Stellen der Uebergang zur Goldwährung befürwortet wird; man darf daher wohl als ziemlich sicher annehmen, daß, sobald nur erst die Constitution des Norddeutschen Bundes zum Abschluß gekommen sein wird, auch in dieser Beziehung sehr bald entscheidende Schritte werden gehen werden. Man bezieht es uns dabei als wahrscheinlich, daß dann voraussichtlich die französisch-italienisch-schweizerische Convention in Beziehung auf die Ausprägung der Goldmünzen auch für Deutschland acceptirt werden dürfte.

Die Eidverweigerungen in Schleswig werden von der „Köln. Btg.“ wie folgt summiert: Bei der vorigen Woche in Trübingen in Schleswig stattgehabten Vereidigung der Geistlichen haben von 22 Eidpflichtigen 15 den Eid verweigert, von 66 Schullehrern 16, von 42 Kirchspielvägten und Saadmännern (Gerichtseuten) haben 31 den Eid nicht abgelegt. Eine auffallende Erscheinung ist auch die in Flensburg unter den Rekruten vorgekommene Verweigerung des Fahnenweides; die Rekruten sollen aus den dänischen Districten sein und werden, wie es heißt, in's Innere geschickt.

Breslau, 24. März. (Bresl. Z.) In der gestern stattgehabten Versammlung des Arbeitervereins wurde nachstehende mit Hinweis auf die Entlassung des Hrn. v. Kirchmann aus dem Staatsdienste vorgeschlagene und befürwortete Resolution einstimmig angenommen: Hr. v. Kirchmann besitz nach wie vor das volle Vertrauen des Breslauer Arbeitervereins. Die Verdienste, die Hr. v. Kirchmann sich im preuß. Verfassungskampfe um das preuß. Volk erworben, sind von den Breslauer Arbeitern anerkannt und werden nie vergessen werden. Vorstehender Hr. Scheil bemerkte, der Verein werde gut thun, wenn er auspricht, daß diese Resolution wohl im Sinne aller freisinnigen Wähler und Bewohner Breslaus gefaßt sei. Die Versammlung erhob sich. Die Beschlußnahme über eine andere, gegen Hrn. v. Schweizer in Berlin gerichtete Resolution blieb vorbehalten.

Frankreich. Paris. Was den Zustand des kaiserlichen Prinzen betrifft, so hat die Operation des Hrn. Melaton zwar die augenblicklichen Befürchtungen beseitigt, man besorgt aber, daß ein längeres oder sogar dauerndes Finken zurückbleiben werde.

— Ludwig Kossuth hat an einen hiesigen Freund ein Telegramm gerichtet, worin er von den in der Wiener Correspondenz ihm zugeschriebenen Brief, welchem zufolge er der Verständigung zwischen Oesterreich und Ungarn beistimmt, als apokryph erklärt. Kossuth glaubt, daß Ungarn durch seine Verständigung mit Oesterreich einen Selbstmord als Staat und Nation an sich verübt habe.

— In den Departements wird gegen die Heerreform petitionirt. Eine Gemeinde bei Auxerre hat die Initiative ergriffen, die der Regierung um so unangenehmer sein muß, als der Kaiser gerade diesem Departement (Nede von Auxerre) das Zeugniß des „glänzendsten Patriotismus“ ausstellte.

Danzig, den 27. März.

* [Verein „Danzig“ in Berlin.] Aus Veranlassung der Jubiläumfeier des Hrn. Dr. Löschin fanden sich im Decbr. 1865 einige zwanzig seiner früheren Schüler in Berlin zu einem Festessen zusammen, wobei der Wunsch geäußert wurde, den vielen in der Residenz lebenden Danzigern zu sternen geselligen Zusammenkünften Gelegenheit zu geben. Solche fanden denn auch statt und wurde ihnen im Januar d. J. durch Annahme eines Statuts eine feste Organisation gegeben. Jeder, der in Danzig, Stadt oder Vorstadt, geboren, oder wenigstens 5 Jahre daseibst gelebt hat, kann ordentliches Mitglied des Vereins werden. Der monatliche Beitrag ist 5 Sgr. Als Zweck des Vereins im § 1 angegeben: gesellige Zusammenkünfte zu halten, sich gegenseitig durch Rath und That zu unterstützen und gute Sitte unter den Mitgliedern zu befördern; Politik wird darin nicht getrieben.

* Der Kreisgerichts-Director Anz in Kaufmann ist zum Rechtsanwält und Notar bei dem Kreisgericht in Essen, mit Anweisung seines Wohnsitzes in Essen, und mit der Verpflichtung ernannt worden, statt seines bisherigen Amtscharacters fortan den Titel „Justiz-Rath“ zu führen.

Bemerktes.

— Als einen Beweis der Popularität des Grafen Bismarck in England führt eine Berliner Zeitung eine Reklame der großen Kleiderhandlung von Moses u. Sohn in London an. Derselbe annouciert: „Graf Bismarcks Verdienste um Deutschland sind jetzt allgemein anerkannt; weniger bekannt dagegen dürfte es sein, daß der große Staatsmann fast nie ausgeht, ohne sich in einen Ueberzieher einzuknipfen, dessen exactes Gegenstück in Schnitt und Arbeit Moses u. Sohn zu 1 £ 15 s zu offeriren sich glücklich schäzen u. s. w.“

— Nach der „W. Z.“ soll der seit 1512 unvollendete Dom zu Frankfurt a. M., die Wahl- und Krönungskirche deutscher Kaiser, aus Mitteln des Fonds für monumentale Bauten in Preußen ausgebaut werden.

— Der fränk. Courier in Nürnberg schreibt unterm 18. März. „In vergangener Nacht begannen bei der vorchriftsmäßigen Räumung der Wartelocalitäten im hiesigen Staatsbahnhofe durch Bahndienstete und die Polizeimannschaft drei sich noch dort befindliche Offiziere (Hauptmann Feuerlein, Ober-Lieutenant v. Pechmann und ein dritter Offizier in Civil) mit denselben einen Wortwechsel, wobei der nicht uniformirte Lieutenant auf den Wagenschieber Gebhart in unmittelbarer Nähe ein Pistol abfeuerte und ihn an der Hand verwundete, zu gleicher Zeit aber die beiden anderen Herren die Säbel zogen und einen Schlag gegen Gebhart führten, den derselbe jedoch parirte. Die Excedenten wurden schließlich durch den jourhabenden Beamten, Assistenten Albert, entfernt.“

Bremen, 23. März. Der hiesige Verein zur Erweiterung des weiblichen Arbeitsgebietes hat eine Nachweihungs-Anstalt für weibliche Arbeit gegründet, die am Montage dieser Woche unter großem Andrang eröffnet worden ist. Das zweite Werk des Vereins ist eine Lehranstalt für geschäftliche Ausbildung junger Mädchen, die einwilligen in bescheidenen Grenzen gehalten, am 8. April in Thätigkeit treten soll. Vorläufige Unterrichtsgegenstände sind Schreiben, Rechnen, Buchführung und Correspondenz.

— Der berühmte waabländische Naturforscher Agassiz hat sein großartiges Unternehmen, die Erforschung des Amazonenstromes, vollendet. Er hat den Miesenstrom seiner ganzen Länge nach von der Quelle bis zum atlantischen Ocean durchsichtigt. Agassiz versichert, der Strom, sowie seine großen Nebenflüsse, könne auf allen Punkten von Dampfbooten besafaren werden. Ein reicher und gelehrter Amerikaner, Spencer, hat die Kosten der großen Reise getragen. In zwei Borrägen, die er in Philadelphia gehalten, hat Agassiz die wilden Völkerschaften, die er auf der Reise kennen gelernt, geschildert. Schon bildet sich in New-York eine Gesellschaft, welche Fahrten für Touristen nach dem Amazonenstrom organisirt.

Schiffs-Nachrichten.

Abgegangen nach Danzig: Von Grangemouth, 22. März: Prince of Wales, Lyall.

Angelommen von Danzig: In Leith, 21. März: Argo, Douwes; — Bertha, Widahn; — in London, 22. März: Rinaldo (Ed.), Almond.

In See angesprochen: Die preussische Bark „Caroline“, von Liverpool nach Batavia, am 21. Januar auf 2^o n. Br. und 27^o w. Lge. durch das Schiff „Uller“, Start, in Rio Janeiro angekommen.

Familien-Nachrichten.

Verlobungen: Fr. Heloise Schürich mit Herrn Gutbesitzer Gust. Radgien (Schönwalde — Pöggendorf); Fr. Minna Ludwig mit Herrn Bureau-Assistenten Adolph Stern (Eßen — Johannisburg); Fr. Clara Goetz mit Herrn G. Zoppien (Eibben — Adl. Goehghöfen); Fr. Franziska Stettiner mit Herrn Consul Julius Roth'schild (Königsberg — Paris).

Trauerungen: Herr Heinrich Gerlach mit Fr. Eina Strich (Nemel).

Gelurten: Ein Sohn: Herr Otto Leonhardy (Gumbinnen); Herr Fritz Strack (Königsberg); Herr C. Reuning (Ehrmsdorf); Herr A. Fortkreuter (Berggittern). — Eine Tochter: Herr Louis Medlenburg (Königsberg).

Todesfälle: Frau R. Bedett geb. Pohl, Frau Charlotte Freymann geb. Hensfeldt, Hr. Carl Gustav Ackermann (Königsberg); Herr Gutbesitzer Ludwig Reinicke (Heiligenhof); Herr General-Lieutenant J. D. Carl v. Riedel (Deunhausen); Fr. Caroline Baranowski geb. Gleich (Lapienen); Herr Rittergutsbesitzer Julius Schlid (Schrenge).

Verantwortlicher Redacteur: H. Kichert in Danzig.

